

## Der Gesprächsfaden darf nicht reißen

**K**onstruktive Kritik ist nicht erwünscht in Deutschland. Argumente der Ärzteschaft werden von Regierungsvertretern, allen voran der Kanzler, als „Gejammer“ und „lautes Geschrei von Funktionären“ abgetan. Die verantwortlichen Männer und Frauen der Regierungskoalition wollen nicht hören, weil unangenehme Wahrheiten ihr einfaches Weltbild mit ebenso naiven wie hilflosen Vorschlägen zur Sanierung des deutschen Gesundheitssystems zerstören würden. Daran haben auch der öffentliche Protest der Ärzteschaft und die beeindruckende Demonstration von 15.000 Menschen aus allen Berufen des Gesundheitswesens am 12. November nichts geändert. Die Politik hat sich eingebunkert, uns bleiben Enttäuschung und Wut über so viel Ignoranz.

Dennoch dürfen wir den Gesprächsfaden zu unseren gewählten Vertretern nicht abreißen lassen. Als Vorsitzender der KV Westfalen-Lippe suche ich den regelmäßigen Kontakt zu allen Mitgliedern des Bundestages aus unserem Landesteil. Unsere Abgeordneten sollen sich nicht nur von den Gutachten eines Lauterbach und anderer „Profi“-Berater der Regierung in ihrem Urteil beeinflussen lassen. Sie sollen auch stets Informationen von der Basis, von uns, erhalten.

Die bevorstehenden Entscheidungen des Bundestags wirken sich unmittelbar auf die Struktur und Qualität unserer sozialen Sicherungssysteme und damit unserer ganzen Gesellschaft aus. Unsere Volksvertreter werden gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit Problemen konfrontiert, die ans Eingemachte gehen und die ihnen eine hohe Verantwortung aufbürden. Bislang bin ich durchaus auf Interesse für unsere Informationen und eine positive Resonanz bei den 67 Abgeordneten aus Westfalen gestoßen. Sicher wird sich nun deren Abstimmungsverhalten im Bundestag nicht von heute auf morgen verändern. Die Abgeordneten sollen sich aber bewusst sein, dass es andere Sichtweisen der Probleme gibt als die der Bundesgesundheitsministerin, dass neue Spardiktate auch auf ihre Wählerinnen und Wählern durchschlagen werden und dass sie in ihren Wahlkreisen gefragt werden, wie die Gesundheitsversorgung in Zukunft noch funktionieren soll.



Dr. Ulrich Thamer,  
1. Vorsitzender der  
Kassennärztlichen Vereinigung  
Westfalen-Lippe

<b>Kammerversammlung</b>	
„Nullrunde ist ein Schlag ins Gesicht“	6
<b>Vorschaltgesetz</b>	
Staatsdirigismus lässt grüßen	8
<b>Workshop</b>	
Ärzte und Apotheker wollen öfter ins Gespräch kommen	9
<b>Kinder und Jugendgesundheit</b>	
Investitionen in die Zukunft	10
<b>Arzthelferinnen</b>	
Arzthelferinnen	
– eine kritische Betrachtung	12
Traumberuf mit Kratzern?	13
<b>Brustkrebs</b>	
Kampagne „Sicher fühlen“ kommt an	14
<b>Strategie</b>	
Ist Gender mainstreaming ein Thema für die Kammerpolitik?	15
<b>Organspende</b>	
Verstärkte Beteiligung der Krankenhäuser nötig	17
<b>Magazin</b>	
Informationen aktuell	4
Leserbrief	19
Persönliches	39
Ankündigungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der ÄKWL und KVWL	20
Fortbildung in den Verwaltungsbezirken	46
Institut für ärztliches Management	40
Bekanntmachungen der ÄKWL	41
Bekanntmachungen der KVWL	42
Impressum	43

Zum Titel: Mehr als 15.000 Angehörige aller Gesundheitsberufe – im Bild ÄKWL-Präsident Prof. Dr. Ingo Flenker und Dr. Astrid Bühren, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes – demonstrierten am 12. November 2002 in Berlin gegen das Vorschaltgesetz zur Gesundheitsreform. Mehr zu den Reaktionen der Ärzteschaft auf die Gesetzgebungspläne der Bundesregierung finden Sie auf den Seiten 6 und 10.

Foto: Horst Schumacher